

# SPD warnt vor Unterschriftenaktionen

Ortsvereinsvize Fratzcak warnt: Bürger sollen Folgen ihres Handelns bedenken

LINDAU (Iz) - Die SPD wendet sich gegen zunehmende Unterschriftenaktionen zu Themen der Stadtpolitik. Dass Bürger auf diese Weise einen Verkauf des Hoyerbergschlössles verhindert hätten, bezeichnet Lukasz Fratzcak, Vize-Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, als Beispiel für diese aus seiner Sicht schlechte Entwicklung.

In der Schweiz funktionieren die direkte Demokratie, weil Bürger abstimmen, wenn alle Informationen bekannt seien. „In Deutschland werden solche Fälle durch die gewählten Volksvertreter entschieden, sei es vom Parlament, den Landesvertretern oder eben auch dem amtierenden Stadtrat“, ergänzt Fratzcak. Vermehrt versuchten Bürger, diese Entscheidungen auszuhebeln. „Im Un-

terschied zum Schweizer Modell zeichnen sich solche Initiativen nicht immer durch Weitblick oder als Ausdruck eines allgemeinen Interesses aus, sondern sie verfolgen oftmals individuelle Ziele oder sind darauf ausgerichtet, neue Sichtweisen zu unterbinden oder das Festhalten am Status quo als allgemeinen Bürgerwillen darzustellen.“

So sei es auch bei denen, die gegen den Verkauf des Hoyerbergschlössles seien. „Diese Aktionen torpedieren demokratisch legitimierte Entscheidungen des Stadtrates und suggerieren gegenüber der Öffentlichkeit, dass die wohlüberlegten Gründe allesamt vernachlässigbar seien und das Gebäude für Lindau unverzichtbar“, kritisiert Fratzcak. Dabei ließen die Verkaufsgegner au-

ßer Acht, wie viel Geld die Stadt in die Sanierung stecken müsste. „Der Effekt dieser Aktionen war ein Drücken des Preises und letztlich die Verhinderung des Verkaufs.“

## Stadt braucht Geld für wichtige Projekte wie den Cavazzen

„Die SPD steht gewiss nicht für Privatisierung um jeden Preis oder gar die Veräußerung von städtischem Eigentum“, ergänzt Fratzcak, allerdings müsse die Stadt für wichtigere Projekte wie den Erhalt des Cavazzens Geldmittel erschließen. „Hier hätte eine intensivere Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Argumenten, die für oder gegen einen Verkauf sprechen, vermutlich auch bei vielen Skeptikern zu dem Ergebnis geführt, zu dem sich der

Stadtrat – und keineswegs leichten Herzens! – bereits durchgerungen hatte“, kritisiert Fratzcak mangelnde Öffentlichkeitsarbeit von Stadtrat und Verwaltung.

Die SPD stehe für Bürgerbeteiligung, „doch müssen sich die Bürger auch der Konsequenzen ihrer Handlungen für das Gemeinwohl bewusst werden“. Fratzcak ist besorgt um einen drohenden Stillstand: „Um die Zukunft Lindaus aktiv zu gestalten, bedarf es manchmal mutiger und unpopulärer Entscheidungen. So funktioniert eben Demokratie: Alle sind nie glücklich zu machen. Doch wenn Mehrheitsentscheidungen unserer gewählten Vertreter immer häufiger angezweifelt werden, verkommt Demokratie zu Stillstand und wird zur Diktatur einer Minderheit.“